

Besuchen Sie hier die [Webversion](#).

LAFT Landesverband freie darstellende Künste Berlin e.V. BERLIN

Click [here](#) for general information about LAFT Berlin in English

LAFT Berlin: Warum in der Berliner Kulturpolitik gerade nicht nur Geld, sondern irgendwie auch ein Plan fehlt

Liebe Mitglieder und Freund*innen des LAFT Berlin,
liebe Kolleg*innen,
sehr geehrte Interessierte,

wir kriegen das schon hin. Also wir, die Kultur. Wir werden im Lauf der beiden Jahre 2024/25 vollständig resilient. Wenn die Freie Szene kaum Projektgeld hat und die Institutionen kaum Programmgeld, kooperieren wir einfach und suchen Synergien. Wir können mit einer Konferenz alle offenen Fragen rund um KI/AI klären. Unsere Energiemehrkosten zahlt sicher weiter der Bund. Diversitätsentwicklung und inklusives Arbeiten setzen wir kostenneutral um. Wenn ein Luxuskaufhaus leer steht, fällt uns dafür etwas Sinnvolles ein. Und so aufgestellt kommen wir dann auch mit dem drohenden großen Sparhaushalt 2026/27 klar (hier leises Theaterdonnergrummeln mitdenken).

Oder? **Aktuell läuft die Haushaltsdebatte im Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung.** Vieles ist noch offen und auch der LAFT Berlin bringt sich wie viele Verbände und Zusammenschlüsse im Rahmen seiner Möglichkeiten mit ein. Am vergangenen Montag, 11. September, war die 1. Lesung. Der Senator Joe Chialo (CDU) begründete den Entwurf und im Anschluss wurden alle 162 eingereichten Fragen der Fraktionen entweder mündlich geklärt oder ein schriftlicher Bericht eingefordert. Auf einige der noch kommenden Antworten sind auch wir sehr gespannt. Die Fragen sind öffentlich und finden sich hier: <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/KultEnDe/vorgang/k19-0197-1.pdf>.

Die Aufzeichnung der Lesung ist hier zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=A-HkKjz3Qek&list=PLgqUxMeOmFHWGeGhstZMYz9-6NyBfJvRa&index=1>.

Die Fragen müssen nun bis spätestens zum 26. September beantwortet werden, die Änderungsanträge der Fraktionen werden dann bis zum 2. Oktober eingereicht und am 9. Oktober in der 2. Lesung abgestimmt. Danach besteht immer noch eine Chance, im Laufe des Novembers über die Abstimmungen im Hauptausschuss Dinge zu verändern, dies ist aber deutlich schwieriger und eignet sich traditionell eher für größere Fragestellungen (die notwendigen Gelder für den Einzug der Zentralen Landesbibliothek (ZLB) in die

Friedrichstraße bspw).

Wichtige Punkte in der allgemeinen Debatte sind:

Reicht die Gesamtsumme, die auf über 1 Milliarde Euro (2025) pro Jahr steigt, eigentlich aus? Das Einbrechen der Steuereinnahmen und das Steigen der Zinssätze belastet Berlins Finanzen stark und dennoch wächst der Kulturhaushalt. Das ist grundsätzlich ein gutes Zeichen. Es sind aber weiterhin nur 2,5% des gesamten Haushaltsvolumens von Berlin von knapp 40 Milliarden Euro – einfach viel zu wenig für eine Stadt, die durch ihre Kunst und Kulturlandschaft so fundamental geprägt ist wie Berlin. Im Haushalt sind zudem außergewöhnlich hohe "Pauschale Minderausgaben" (PMA) vorgesehen, sowohl im Globalhaushalt von Berlin als auch nochmals im Kulturhaushalt. PMAs sind eine der beliebtesten Abkürzungen derzeit und bedeuten, dass das darin veranschlagte Geld im Laufe des Jahres noch eingespart werden muss und nur jetzt noch nicht feststeht, wo genau. Ist das also wirklich ein wachsender Haushalt? Zudem entspricht selbst der nominale Aufwuchs nirgendwo den vollständigen Bedarfen durch Kostensteigerungen und Inflation, in den aktuellen Zeiten ist ein zu geringer Aufwuchs ganz schlicht eine Kürzung. Der Rat für die Künste äußerte sich bereits deutlich zur drohenden Kultur-Rezession: <http://www.rat-fuer-die-kuenste.de/aktueller-kulturhaushaltsentwurf-bedeutet-kultur-rezession-fuer-berlin>.

Sind die Steigerungen bei Tarifen und Honoraren gerecht und ausreichend? Der Löwenanteil des jetzigen Aufwuchses kommt über die Tariferhöhungen zu Stande, für die zudem noch eine zentrale Reserve für weitere Aufwüchse außerhalb des Kulturhaushalts besteht. Mehr Einkommen und soziale Sicherheit für Angestellte in bestehenden Strukturen sind ohne Zweifel gut und begrüßenswert, aber Zukunftsinvestitionen in Programmentwicklung wären darüber hinaus auch notwendig. Besonders positiv: Die Tarifsteigerung werden immer mehr in mehrjährigen Projektförderungen anerkannt, wenn auch immer noch nicht in allen.

Zudem ist Berlin das erste Bundesland, das Extragelder für die Berücksichtigung der anstehenden Erhöhungen von Mindestgagen und Honoraruntergrenzen vorsieht und kommt damit erneut seiner Vorbildfunktion nach. Dafür stehen über 900.000 Euro (2024) und 2 Millionen Euro (2025) zur Verfügung für den "Mehrbedarf wegen Honoraruntergrenzen". Diese Aufwüchse sind aber nicht allein für die darstellenden Künste gedacht, sondern soll für die gesamte Projektförderung mit einem Volumen von insgesamt 15 Millionen Euro reichen. Ob das aufgeht? Selbst die Senatsverwaltung, die ja in der Regel konservativ schätzt, beziffert den eigentlichen Bedarf auf 3 Millionen Euro im Jahr. Erstmals werden 1,5 Millionen jährlich für Mindestgagen/Honorare an institutionell geförderten Bühnen, u. a. Kinder- und Jugendtheater, als eigener Punkt aufgeführt. Noch nicht bekannt ist, ob und wie das dann umgesetzt und kontrolliert wird.

Gibt es weitere neue Schwerpunkte? Diese sind in den Haushaltszahlen kaum zu erkennen. In der Regierungs-Presserklärung zum Haushalt werden neben Tariferhöhungen und Mindesthonoraren nur die Themenfelder Digitalisierung und Räume genannt. Bei diesen Themen scheinen bisherige gute Ansätze fortgesetzt zu werden, was grundsätzlich anzuerkennen ist. So hat der Kultursommer eine halbe Million mehr, wird aber künftig mit den Bezirken zusammen veranstaltet. Zudem finden sich zahlreiche

weitere Einzelvorhaben aus dem Koalitionsvertrag wie Listen to Berlin Award, Classical Next, Modellfläche TXL oder das Kinderopernhaus (eine Einzelprojektförderung an der Staatsoper) im Haushaltsentwurf. Im neu erscheinenden Fonds digitaler Wandel werden vor allem bestehende Maßnahmen zusammengefasst, positiv ist dabei u. a. die Weiterführung der Resillienz Dispatcher. Eindeutig neu ist eine Konferenz zum Thema Künstliche Intelligenz. (Mal sehen, wer diese aufgrund welches Vergabeverfahrens umsetzen wird).

Was kosten Räume? Das große Thema des Jahrzehnts sind natürlich weiterhin die Räume. Für die Kulturraum GmbH und das Arbeitsraumprogramm stehen neue Mittel zur Verfügung, es bleibt aber weiterhin unklar, wer eigentlich für welche Aufgaben zuständig ist. Zudem tobt die Debatte rund um die neue ZLB in der Friedrichstraße, die Rettung der Uferhallen und die Frage, was ein einzelner Raum eigentlich kosten kann und darf. Ein Thema, das zu groß ist für diesen Überblick – wir informieren beizeiten im Detail.

Hat jemand Barrierefreiheit gesagt? Oder Diversität? Oder zumindest Gleichstellung? Oder Nachhaltigkeit vielleicht? Alles Themen, die offensichtlich nicht so richtig Thema sind. Für die nach wie vor unzureichende Barrierefreiheit für Publikum wie Akteur*innen im Kulturbereich müsste eigentlich längst ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden. Oder wie geht es weiter mit der Diversitätsoffensive, die spartenübergreifend an genau 5 (!) Einrichtungen in Berlin umgesetzt wird, während das Modellvorhaben Fairstage sogar gekürzt wird? Oder was ist mit dem Thema ökologische Nachhaltigkeit im Kulturbetrieb? Es müsste doch zumindest in finanzieller Hinsicht klar sein, wieviel Geld ohne sofortiges Gegensteuern künftig weiterhin in fossil-geheizten ungedämmten Kulturbetrieben verloren gehen wird. Ein Jammerspiel. Aber vielleicht gibt es doch große Pläne und die sind nur alle im kommenden Sondervermögen gelandet?

Was passiert mit den Post-Corona-Hilfen? Ein möglicher neuer Schwerpunkt, der aber in der Debatte bislang nicht groß besprochen wurde, versteckt sich vielleicht noch bei den Post-Corona-Hilfen. Bislang wurden die Gelder in drei Feldern per Stipendien direkt an Künstler*innen oder nach zusätzlichem Bedarf an geförderte Strukturen oder als Soforthilfe IV an Kulturunternehmen vergeben. Wie genau die nun noch zur Verfügung stehenden 5 Millionen Euro (2024) und 10 Millionen Euro (2025) verwendet werden, verrät der Haushaltsplan bislang nicht. Auf mündliche Nachfrage scheinen ausschließlich Unterstützungen bei (unverschuldeten) Rückzahlungen der Soforthilfe IV gemeint, wir werden sehen.

Und gibt es eigentlich einen gemeinsamen Plan? Dass sich die Zeiten und Gegebenheiten aktuell besonders rasant verändern, ist eine Binse und inzwischen auch in der Berliner Kulturpolitik bekannt. Es scheint auch angekommen, dass der laufende, unvermeidliche Transformationsprozess für Verunsicherung sorgt und daher umso mehr Kommunikation und strategische Orientierung aus dem politischen Raum erforderlich ist. Die große Frage einer gemeinsamen Strategie für die Berliner Kulturlandschaft bleibt aber trotzdem seltsam ungeklärt und – noch schlimmer – unbesprochen. Wann und wie wird denn nun die Zukunft dieser Kulturhauptstadt jenseits von Einzelfragen verhandelt? Wer kümmert sich um die Positionierung von Kultur in der Öffentlichkeit? Wie wird die Kulturförderung inklusive der großen Institutionen evaluiert und neu justiert? Wo wird

besprochen, wie sich die Zukunft der Innenstadt mit einer wohnortnahen Daseinsvorsorge in den Außenbezirken verbinden lässt? Oder müssen wir wirklich weiter alle zwei Jahre über einzelne Finanzfragen das große Ganze klären? **Der LAFT Berlin schließt sich ausdrücklich dem Wunsch des Großteils der organisierten Kulturlandschaft an und fordert einen gemeinsamen Aufbruch in die Zukunft: Die Einrichtung eines Dialogforums, in dem Kultur, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit gemeinsam über das Kulturkonzept und die kulturpolitische Strategie für Berlin beraten.** Nicht einmalig, sondern selbstverständlich regelmäßig, denn die Welt bewegt sich ja auch regelmäßig weiter. Über die Initiative Kulturfördergesetz bietet sich hierfür aktuell die Gelegenheit für ein Pilotprojekt.

So viele Fragen – und bestimmt haben wir hier noch viele Themen vergessen. Zu alledem haben wir auch noch ganz konkrete eigene Anliegen an das parlamentarische Verfahren:

Für die freien darstellenden Künste/Tanz sind ja eigentlich nur wenige Titel entscheidend. Allen voran die magische Nummer 68610, in der alle (!)

Projektförderungen untergebracht sind, von der Einstiegs- über die Produktionsortförderung bis zur 4-jährigen Konzeptförderung für Compagnien und Gruppen. Hier ist kein Aufwuchs zu erkennen, einfach gar nichts. Und dies trotz der wiederholten Klagen der Jurys, trotz der Petition „Kahlschlag für den Tanz“, trotz der gerade erfolgten Anhörung im Kulturausschuss.

Ebenso wichtig ist die traditionelle Nummer 68322, in der die Konzeptförderung für Häuser zu finden ist. Hier findet sich neben individuellen Aufwachsen für Betriebskosten und Mieten auch ein ein Aufwuchs in Höhe von 2 Millionen Euro auf Grundlage des diesjährigen Gutachtens. Das ist natürlich großartig, aber es ist wirklich nur die absolute Mindestsumme, welche die Gutachter*innen auf Basis der alten Zahlen berechnet haben. Der eigentliche Bedarf der Häuser liegt deutlich höher. Zudem sind die beiden neu für die Konzeptförderung empfohlenen Häuser English Theatre / ICPA und Chamäleon nicht bedacht worden.

Neu an Bedeutung gewonnen, hat die Nummer 68611 mit dem KiA-Programm auf bezirklicher Ebene, in dem sowohl Aufführungen an neuen Orten als auch bestehende Produktionsorte in den sogenannten „Weißen Flecken“ gefördert werden. Hier findet ein erster dringlich erforderlicher Aufwuchs um 100.000 Euro (2024) und 350.000 Euro (2025) statt. Das eigentlich benötigte Volumen wird von Seiten der Akteur*innen deutlich höher beziffert, insbesondere bei den bestehenden Produktionsorten.

Das kann so nicht bleiben und wir werden uns weiterhin für die dringlich erforderlichen Aufwüchse einsetzen, die dem realen Bedarf der freien darstellenden Künste zu entsprechen.

Berlin hat kein Freie Szene Festival, denn aktuell verfügt das Performing Arts Festival Berlin über keine gesicherte Finanzierung. Damit droht der Stadt Berlin eine zentrale Ankerposition für die freien darstellenden Künste in ihrer gesamten ästhetischen und räumlichen Vielfalt und Leistungsstärke verloren zu gehen. Das gemeinsam mit teilweise weit über 50 freien Spielstätten und Kooperationspartner*innen veranstaltete Festival war in den vergangenen Jahren eine wichtige Präsentationsmöglichkeit für die zahlreichen hier vertretenen Künstler*innen, es hat die Sichtbarkeit der vielfältigen freien darstellenden Künste enorm erhöht und neue Zuschauer*innengruppen niedrigschwellig

erschlossen. Es ist ein Festival, das sich – im Gegensatz zu lokalen und an einzelne Institutionen gebundenen Konzepten – weit über die gesamte Stadt verteilt und mit großer Ausstrahlung in die Stadtgesellschaft ein überaus vielfältiges Publikum zu begeistern weiß. Es verstärkt die überregionale und internationale Strahlkraft der Szene und ist über neun Jahre zunehmend zu einem festen Anlaufpunkt für Fachpublikum geworden, der Vernetzungs- und Touringmöglichkeiten für Berliner Künstler*innen befördert. Das Festival gehört außerdem zu mehreren überregionalen und internationalen Netzwerken. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass Berlin nicht auf ein jährliches stadtweites Festival der freien darstellenden Künste verzichten sollte. Ein ersatzloser Wegfall des Festivals wäre ein großer Rückschritt mit gravierenden Folgen für die gesamte Szene – sowohl regional als auch mit Blick auf die überregionale Vernetzung und Sichtbarkeit. **Wir werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, diesen Rückschritt aufzuhalten.**

Quer durch den Kulturhaushalt zieht sich zudem eine Schneise von kleineren bis mittleren Kürzungen „aufgrund neuer Schwerpunktsetzungen“. (Diese lassen sich leicht per Suchfunktion im PDF nachvollziehen). Mit am schlimmsten trifft es die Förderung für die Berliner Projekträume, bei denen auf einmal nur noch 1 Million statt 2 Millionen steht, und die Musik, wo noch nicht mal bekannt ist, ob die Kürzung von 250.000 Euro nun den Jazz oder die Alte Musik trifft. Zudem sind beim Umsetzen in den Titeln Gelder bei einigen Projekten unkommentiert „verschwunden“, z. B. 150.000 Euro bei der Berlin Mondiale oder 50.000 Euro bei Fairstage. Im Kulturausschuss wird erklärt, dass sich dieses Vorgehen in keinsten Weise inhaltlich gegen das jeweilige Projekt wendet, sondern vielmehr an den allgemeinen Sparvorgaben liegt und daran, dass die Finanzverwaltung immer die neuesten Vorhaben aus dem letzten Haushaltsaufstellungsverfahren zuerst streichen will. Dies erklärt zwar den Innovationsstau der Stadt Berlin ganz gut, aber die Lage ist eigentlich zu ernst für Witze auf Kosten der Verwaltung. Große Einspar-Volumen erbringen die Streichungen nicht und die gekürzten Projekte sind in der Regel trotzdem irreparabel beschädigt. Sie werden mit weniger Geld bei steigenden Kosten nicht den geplanten Output erbringen und können damit im nächsten Haushalt vollständig verschwinden, ohne dass es groß auffällt. Zudem ist wenig(er) Gegenwehr zu erwarten als bei großen Kulturinstitutionen. **Liebe hochverehrte Kulturpolitik, wir erwarten und erhoffen die vollständige Rücknahme aller inhaltlich nicht begründeten Kürzungen durch „neue Schwerpunktsetzungen“!**

Im parlamentarischen Prozess geht es jetzt weiter mit der Ausschusssitzung zwischen den Haushaltslesungen. **Am Montag, den 25. September 2023, stehen das Themenfeld Räume und vor allem die aktuelle Frage zur ZLB in der Friedrichsstraße auf der Tagesordnung:** <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/KultEnDe/einladung/k19-023-e.pdf>. Wie immer gilt: Anmelden beim Besuchsdienst oder im Livestream mitschauen: <https://www.parlament-berlin.de/service/besucherdienst> <https://www.parlament-berlin.de/mediathek/parlament-live/livestream-ausschuss>.

Im Haushaltsplan sind die Gelder für den Umzug bislang gar nicht abgebildet, auch nicht in der langfristigen Finanzplanung. Die ZLB wirbt begeistert für den Umzug in die Friedrichstraße und hat u. a. eine Online-Petition für den neuen Standort gestartet, diese kann hier unterschrieben werden: <https://www.zlb.de/unterschreiben>.

Ach ja, und falls noch Zeit und Energie für ein anderes Thema ist: Der LAFT Berlin wird weiterhin nur für die Beratungs- und Netzwerk-Projekte gefördert und nicht für die kulturpolitische Arbeit. Auch dieses Schreiben entstand am Wochenende im Ehrenamt. Aber ob das in diesem Haushalt noch zu ändern ist?

Immer im Ausschuss,
Euer LAFT Berlin

Seit 2008 vertritt der LAFT Berlin – Landesverband freie darstellende Künste Berlin e.V. die Interessen der professionellen freien darstellenden Künste Berlins gegenüber Öffentlichkeit und Politik. Er setzt sich dafür ein, Arbeitsbedingungen und Strukturen in den freien darstellenden Künsten zu verbessern, die solidarische Vernetzung zu fördern und die öffentliche und politische Wahrnehmung dieses für Berlin so wichtigen kreativen Sektors auszubauen. Der Verband ist Träger für die Projekte Performing Arts Festival Berlin und Performing Arts Programm Berlin. Der LAFT Berlin selbst wird nicht gefördert. Der Verband wird durch die ehrenamtliche Arbeit des Vorstands und seiner engagierten Mitglieder getragen und finanziert sich durch die Mitgliedsbeiträge. **Jetzt Mitglied werden!**

Diese Nachricht kann gern weitergeleitet werden. Sollte kein Interesse mehr bestehen, Nachrichten des LAFT Berlin zu erhalten, bitte eine Email an info@laft-berlin.de mit dem Betreff „Nachrichten abbestellen“ senden. Die Adresse wird dann sofort aus dem Verteiler gelöscht.

V.i.S.d.P. LAFT Berlin – Landesverband freie darstellende Künste Berlin e.V.

Redaktion: Janina Benduski, Léonie Jeismann, Luisa Kaiser, Marlene Kolatschny, Dr. Peggy Mädler, Elisa Müller (Gast-Editorial)

LAFT Berlin – Landesverband freie darstellende Künste Berlin e.V.

Grünberger Str. 39, 10245 Berlin, Tel: +49 (0)30 / 33 84 54 52

info@laft-berlin.de, www.laft-berlin.de